

# UNSER BERGBAU – UNSERE ROHSTOFFE DIE KALI- UND SALZINDUSTRIE



## DAS BUNDESBERGGESETZ ALS ROHSTOFF-ERMÖGLICHUNGS- GESETZ

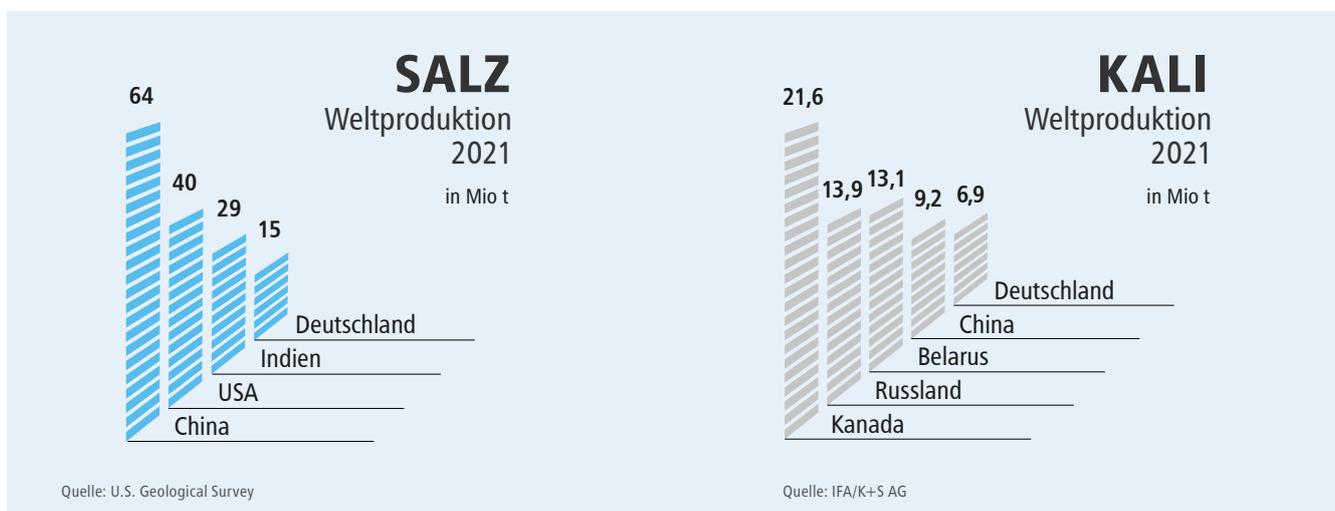
Die Bundesregierung bereitet derzeit die im Koalitionsvertrag angekündigte Novellierung des Bundesberggesetzes vor. Aus Sicht der Kali- und Salzindustrie muss das zukünftige Bundesberggesetz einfacher, schneller, digitaler und zu einem echten Rohstoff-Ermöglichungsgesetz werden.

Die Corona-Pandemie, der Russland-Ukraine-Krieg und geopolitische Spannungen mit China haben insbesondere in Deutschland und Europa zu erheblichen Lieferkettenengpässen und Rohstoffknappheiten geführt – die Frage der Rohstoffsicherheit ist von herausragender strategischer Bedeutung geworden. Deutschland ist daher mehr denn je auf die Versorgung aus heimischer Rohstoffgewinnung angewiesen.

Das Bundesberggesetz regelt die Aufsuchung, Gewinnung und Aufbereitung dieser dringend benö-

tigten Rohstoffe. Es regelt darüber hinaus die Sicherheit der Beschäftigten und Betriebe sowie die Vorsorge gegen Gefahren. Das Bundesberggesetz ist in Verbindung mit der geltenden Rechtsprechung sowie den vollumfänglich anzuwendenden Umwelt-, Natur-, Gewässer-, Boden-, Luft- und Klimaschutzvorschriften das weltweit umfassendste und ambitionierteste gesetzliche Regelwerk für bergbauliche Tätigkeiten.

Eine – vielleicht auch für Deutschland typische – Tendenz zur „Genehmigungs- und Prüfperfektionierung“ hat in den vergangenen Jahren allerdings zu ausufernden Genehmigungsverfahren, immer längerer Verfahrensdauer (teilweise über zehn Jahre) und zusätzlicher Bürokratie geführt. In Verbindung mit den hohen Energiepreisen ist Deutschland daher – trotz hervorragender Rohstofflagerstätten – für die Rohstoffgewinnung zunehmend unattraktiver geworden. Rohstoffprojekte finden deshalb oft außerhalb Deutschlands und Europas unter deutlich niedrigeren Umwelt-, Sozial- und Sicherheitsstandards statt.



Das von Bundeskanzler Scholz angemahnte Deutschlandtempo und der kürzlich beschlossene Bund-Länder-Pakt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sollten deshalb auch die Basis für die Novelle des Bundesberggesetzes sein.

Die untertägige Gewinnung hochreiner Salze beispielsweise für medizinische Kochsalzlösungen und Impfstoffe, die Aufbereitung von Kalidüngemitteln für die Lebensmittelversorgung, untertägige Grubengebäude als Infrastruktur für neue Stromleitungsstrassen, Salzkavernen zur Zwischenspeicherung von Wasserstoff, die Nutzung von Halden für Erneuerbare Energien, die grüne Transformation der Bergwerke: Der Bedarf an neuen Projekten – und damit bergrechtlichen Genehmigungsverfahren – für die Sicherstellung der täglichen, lebensnotwendigen Versorgung und das Gelingen der Energiewende wird in den kommenden Jahren enorm groß sein.

## Vorschläge zur Novellierung des Bundesberggesetzes

Es ist deshalb richtig, die Novellierung des Bundesberggesetzes an diesen Herausforderungen auszurichten. Die Kali- und Salzindustrie ist mit 14 aktiven untertägigen Bergwerken und rund 13.500 Beschäftigten einer der größten Bergbauzweige in Deutschland und perspektivisch der Hauptanwender des Bundesberggesetzes. Aus Sicht der Kali- und Salzindustrie – und im Sinne des heimischen Bergbaus insgesamt – sollten folgende Aspekte bei der Gesetzesnovelle im Mittelpunkt stehen:

► **Um eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung sicherzustellen, muss das Bundesberggesetz mehr denn je ein Rohstoffermöglichungsgesetz werden.** Zu begrüßen ist deshalb, rechtliche Unklarheiten und Überschneidungen mit anderen Gesetzgebungen, wie beispielsweise der Raumord-

nung, rechtssicher für eine stärkere heimische Rohstoffgewinnung zu regeln.

► **Die Gewinnung von lebensnotwendigen Rohstoffen wie Kali und Salz sind für die Gesellschaft unverzichtbar** und haben für die Politik und Verwaltung eine hohe Priorität – neue Projekte und Vorhaben in diesem Bereich sollten deshalb klar im überragenden öffentlichen Interesse liegen und so auch in den Genehmigungsverfahren nach Bundesberggesetz eingeordnet werden.

► **Genehmigungsverfahren müssen deutlich schneller werden.** Der kürzlich auf EU-Ebene beschlossene „Raw Materials Act“ sieht beispielsweise eine Maximaldauer für bergbauliche Genehmigungsverfahren von rund 27 Monaten vor. An dieser angestrebten Verfahrensbeschleunigung sollte sich auch das Bundesberggesetz orientieren.

► **Dazu bedarf es auch dringend einer besseren Ausstattung und schnellerer Entscheidungswege in den Genehmigungsbehörden.** Antragsunterlagen sollten dort ohne Verzögerung bearbeitet und positiv entschieden werden können.

► **Zudem sollte in zukünftigen Gesetzgebungsverfahren vorab durch einen „Rohstoffversorgungs-Check“ geprüft werden,** dass neue Gesetze nicht die Bemühungen um eine bessere heimische Rohstoffversorgung schwächen oder gar konterkarieren.

Angesichts der globalen Herausforderungen ist klar: Rohstoffgewinnung ist und bleibt eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe. Eine zielgerichtete Novelle des Bundesberggesetzes bietet dabei die Chance, dass Deutschland mit seinen hierzulande bereits implementierten hohen Standards für viele Jahrzehnte nachhaltig zur heimischen Rohstoffgewinnung beiträgt, um sich und Europa mit den Mineralien Kali und Salz zu versorgen.

„Die sichere Versorgung mit Rohstoffen ist eine der zentralen Herausforderungen für Deutschland und Europa. Jede hier geförderte Tonne macht uns unabhängiger von Ländern wie China und Russland und ist gleichzeitig auch ökologisch nachhaltiger. Deutschland zählt zu den weltweit führenden Ländern in der Kali- und Salzgewinnung. Wir brauchen deshalb mehr denn je rechtliche Rahmenbedingungen, die eine wettbewerbsfähige Rohstoffgewinnung in Zukunft ermöglichen.“

Christoph Wehner  
Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Kali- und Salzindustrie e. V. (VKS)